



Einsatzfahrzeug des deutschen Technischen Hilfswerks.



Stand des Feuerwehrverbands Nordrhein-Westfalen.

Helfer gesucht

„Stell dir vor, es ist Hochwasser, und keiner geht hin“: Probleme des Bevölkerungsschutzes wurden beim 8. Europäischen Bevölkerungsschutzkongress in Bad Godesberg diskutiert.

Rückgrat des Bevölkerungsschutzes sind die freiwilligen Helfer, die insgesamt etwa 1,7 Millionen Menschen, die in Deutschland in den freiwilligen Feuerwehren und im Technischen Hilfsdienst ihre Freizeit, ihre Kenntnisse und Fähigkeiten einbringen, um die Sicherheit der Bevölkerung gegenüber Schadensfällen zu gewährleisten“, sagte der deutsche Bundesminister des Innern Hans-Peter Friedrich am 8. Europäischen Bevölkerungsschutzkongress vor den rund 600 Teilnehmern.

Man müsse aber auch in die Zukunft denken. Die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland werfe Probleme für die Hilfsorganisationen auf. Zudem habe sich das Freizeitverhalten der Jüngeren geändert. Die Menschen hätten immer weniger Spielraum, sich einzubringen. Dennoch sei die Bereitschaft zu helfen ausgeprägt, allerdings ohne sich fest in Organisationen zu binden. Der demografische Wandel bedinge, dass immer weniger junge Menschen zur Verfügung stünden und die Zahl der Älteren ansteige. Der Klimawandel lasse ein Ansteigen von Be-

drohungssituationen befürchten, betonte Friedrich.

Der Staat habe die Aufgabe, die Bedingungen für die Ehrenamtlichkeit zu optimieren und bei den Arbeitgebern Verständnis und Unterstützung für den Katastrophenschutz zu wecken und zu fördern. Das deutsche BMI hat einen Förderungspreis für in dieser Hinsicht vorbildliche Unternehmen ausgelobt, zu dem bisher 170 Bewerbungen eingelangt seien. Die Preisverleihung erfolgt am 30. November 2012 (www.helfende-hand-foerderpreis.de).

„Wir müssen vor die Lage kommen“, forderte der Minister. „Wir müssen den Selbstschutz sowie die technischen und organisatorischen Voraussetzungen so verändern, dass wir auch mit weniger Personal auskommen.“ Als „beachtliches Modell“ bezeichnete Friedrich das Projekt „Team Austria“ in Österreich, wo jene, die helfen wollen, nicht in eine feste Organisation eingebunden sind, wohl aber als potenzielle Helfer registriert und auf Abruf bereit sind. Ein ähnliches Projekt wurde in Deutschland mit dem Team Mecklenburg-Vor-

pommern geschaffen, für Lagen, bei denen sehr viele Einsatzkräfte gebraucht werden. In den USA werden Einsatzkräfte ausgebildet, die in der Lage sind, ungelernete, zufällig Vorbeikommende sinnvoll in Hilfsmaßnahmen einzubinden.

Über das Bevölkerungsschutzsystem in der Schweiz berichtete Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher (Minister) des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport. Von den Wehrpflichtigen werden 65 Prozent zur Armee eingezogen und 15 Prozent zum Zivilschutz; 20 Prozent sind untauglich. Der Zivilschutz umfasst 135.000 Personen, davon 75.000 Aktive und 60.000 Reservisten. Die Feuerwehren beruhen zu 98 Prozent auf Freiwilligkeit. Nur zwei Prozent der Mitglieder von Feuerwehren gehören Berufsfeuerwehren an, die vornehmlich in den großen Städten bestehen.

Die Schweiz mit ihren acht Millionen Einwohnern, davon ein Viertel Ausländer, gliedert sich in 26 Kantone, deren kleinster 35.000 Einwohner zählt, der größte 1,2 Millionen. Bevölkerungs-

schutz ist Sache der Gemeinden. Die Polizei ist in der Hoheit der Kantone, es gibt keine Bundespolizei. Der kleinste Kanton hat 16 Polizisten. Insgesamt sind es 16.000, womit die Schweiz eine sehr niedrige Polizeidichte aufweist. Bei außerordentlichen Ereignissen wird die Armee zur Unterstützung der Polizei eingesetzt.

Wie bringt man diese Vielfalt in der viersprachigen Schweiz im Krisenfall zusammen? Maurer hat dafür die drei „K“ geprägt: „In der Krise Köpfe kennen“ – eine Formel, die im Verlauf der Tagung in einer Wortmeldung auf vier K erweitert wurde, nämlich kreative Köpfe zu kennen. Die Entscheidungsträger müssen einander kennen. Es besteht ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz. Man trifft sich bei gemeinsamen Übungen; Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch auf allen Ebenen ist essenziell. Die Ausrüstung wird vereinheitlicht. Nicht jeder muss alles haben; es werden Stützpunkte errichtet. Die Notwendigkeit persönlicher Kontakte betonte auch der Generaldirektor für humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der

FOTOS: KURT HICKSICH

Europäischen Kommission, Claus Sørensen, der Befürchtungen entgegentrat, Ressourcen der Mitgliedstaaten würden der direkten Verfügungsgewalt der Kommission unterstellt.

Versorgungssicherheit.

Neben der sich in den Industrieländern verschiebenden Altersstruktur der Bevölkerung, dem Klimawandel und einer immer verwundbarer werdenden Infrastruktur bezeichnete Gerold Reichenbach vom *Deutschen Komitee Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)* die fortschreitende Urbanisierung und Bildung von Ballungszentren als ein Problem, das nicht nur Entwicklungsländer betreffe. Die Aufnahmefähigkeit des Umlandes nehme ab; für Evakuierungen aus Ballungsgebieten fehle der Raum – wohin also evakuieren? Während früher das Land die Stadt versorgt habe, sei dies heute umgekehrt. Durch just-in-time erfolgende Lieferung unter anderem von Lebensmitteln gebe es kaum noch Lagerhaltung. Hier bestehe noch erheblicher Forschungs- und Planungsbedarf.

Kann man künftige Einsatzlagen voraussehen oder simulieren? Mit dieser Frage beschäftigte sich Ministerialdirektor Prof. Dr. Wolf-Die-



Hans-Peter Friedrich: „Der Staat hat die Aufgabe, die Bedingungen für die Ehrenamtlichkeit zu optimieren.“

ter Lukas, Abteilungsleiter Schlüsseltechnologien im *Bundesministerium für Bildung und Forschung in Bonn (BMBF)*. In Zusammenarbeit mit dem Flughafen Frankfurt wurde ein Großunfall mit 500 Verletzten simuliert. Durch IT-Einsatz konnte eine optimale Triagierung (Ersteinschätzung der Verletzten) erreicht werden. Simulation ermöglicht es auch, bei Großveranstaltungen kritische Punkte zu erkennen.

Um sich einen Überblick über die Lage zu verschaffen, könnten Drohnen eingesetzt werden. Bricht die Versorgung mit elektrischer Energie zusammen und wird es dann buchstäblich „finstern“, könnten einzelne hohe



Ueli Maurer: „Die Feuerwehren in der Schweiz beruhen zu 98 Prozent auf Freiwilligkeit.“

Gebäude mit autarker Energieversorgung als „Leuchttürme“ und damit als Anlaufpunkte und in weiterer Folge als Kommunikationszentren fungieren.

Simulationsprogramme

wurden von der *PRO DV Software AG* vorgestellt. Entwickelt wird derzeit das Projekt *Security2People*, das Entscheidungsträger auf allen Ebenen bei Behörden und Einsatzorganisationen sowie Betreiber kritischer Infrastrukturen bei der Analyse von Großschadenslagen und dem Entwickeln von Strategien zu deren Beherrschung unterstützen soll. Einsatzkräfte werden mit den jeweiligen Fähigkeiten und Organisationsstrukturen abgebil-

det. Verschiedene Gegenmaßnahmen können in ihrer Wirkung abgeschätzt werden. Das Programm ist auch für Ausbildungszwecke gedacht, indem historische Großschadensereignisse, wie etwa das Hochwasser in Dresden 2002 oder eine Sturmkatastrophe im Großraum Köln, eingespielt, aber auch spezielle Szenarien entwickelt werden können. Alle Maßnahmen und Entscheidungen in den Rollenspielen bis hin zu Funksprüchen werden auf der Zeitachse abgelegt und stehen für eine nachfolgende Besprechung und Auswertung zur Verfügung. Das Projekt, an dem sich unter anderem das *Deutsche Rote Kreuz*, das *Malteser Hilfswerk*, das *THW* und die *Deutsche Hochschule der Polizei* beteiligen, wird vom *BMBF* gefördert.

Das *Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK)* betreibt das deutsche *Notfallvorsorge-Informationssystem (denis)*. Es bietet eine allgemein zugängliche Linksammlung zu rund 3.350 Internetseiten zu den Bereichen Katastrophenschutz, Zivilschutz und Notfallvorsorge (www.denis.bund.de). Bei Bedarf werden auf dieser Website Informationen zu aktuellen Gefahren verlautbart.

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Jährlicher Kongress

Der 8. Europäischer Bevölkerungsschutzkongress vom 18. und 19. September 2012 in der Stadthalle von Bad Godesberg bei Bonn wurde wie die vorangegangenen Kongresse vom „Behörden-Spiegel“ organisiert, der größten unabhängigen Zeitung für den öffentlichen Dienst in Deutschland. Er erscheint monatlich in einer Auflage von 107.000 Exem-

plaren. Der Verlag mit dem Sitz in Bonn und Büros in Berlin und Brüssel gibt vier Newsletter heraus – „E-Government“, „Sicherheit“, „Verteidigung“, und speziell für den österreichischen Bereich, „Verwaltung kompakt“.

Schwerpunkte sind Fragen der Modernisierung des öffentlichen Dienstes, Sicherheit, Polizei und Vorbeugung sowie Katastro-

phen- und Bevölkerungsschutz. Alljährlich veranstaltet der Verlag den Europäischen Polizeikongress, die Berliner Sicherheitskonferenz und den Europäischen Bevölkerungsschutzkongress, mit jeweils an die 700 Teilnehmern.

Dazu kommen weitere Kongresse mit Ausrichtung auf den deutschsprachigen Raum zu Fragen der Haushalts-Modernisierung oder zu staatlich-privater Zusam-

menarbeit (Public-Private-Partnership). An die 100 Seminare haben Themen wie Korruptionsbekämpfung, Vergaberecht, aber auch E-Mail-Management oder schnelleres Lesen, zum Inhalt.

Der 9. Europäische Bevölkerungsschutzkongress wird am 18. und 19. September 2013 wiederum in Bad Godesberg stattfinden.

www.behoerdenspiegel.de
www.disaster-management.eu

EU-Programme. Prof. Dr. Rolf-Dieter Wilken, Vorsitzender der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern, hat aus den 124 Forschungsprojekten der EU zu Fragen der Sicherheit, die bis 2013 laufen, die Projekte „SecurEau“ und „A4A“ herausgegriffen. Insgesamt wird die EU im Programm Horizon 2020 in der Zeit von 2014 bis 2020 voraussichtlich Mittel von 80 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, von denen 32 Milliarden direkt in die Entwicklung von nachhaltigen Transport- und Mobilitätssystemen, erneuerbare Energien, Sicherheit der Nahrungsmittel sowie in Forschungen zu Klimawandel und demographischen Wandel fließen sollen.

SecurEau hat die Sicherheit und Dekontamination von Trinkwasser-Versorgungssystemen nach vorsätzlicher Kontamination mit Chemikalien, Bakterien, Krankheitserregern oder Radionukliden zum Gegenstand. *A4A* steht für „Alarm für alle“ und betrifft die Verbesserung und die Effektivität eines bevölkerungszentrierten Frühwarnsystems, bei dem auch Lösungen für das Krisenmanagement erarbeitet werden sollen, unter besonderer Berücksichtigung des sozialen Verhaltens in solchen Fällen. Übungsgegenstand bei der *länderübergreifenden Krisenmanagement-Übung Exercise (LÜKEX 2013)* wird eine durch Lebensmittel übertragene, virale Epidemie sein.

Dass auch private Institutionen zur Katastrophenvorsorge beitragen können, hat Susanne Meier, Vizepräsidentin Corporate Responsibility von *DHL* dargestellt. *DHL*, ein weltweit tätiges Logistikunternehmen, hat erkannt, dass für Hilfslieferungen in von Naturkatastrophen betroffenen Gebieten Flughäfen das Nadelöhr sind, an dem sich die Transporte



SecurEau: Sicherheit und Dekontamination von Trinkwasser-Versorgungssystemen.

stauen. Es wurden eigene *Disaster Response Teams (DRT)* aufgestellt. Rund 400 freiwillige Helfer sind spätestens 72 Stunden überall auf der Welt einsatzbereit, um mit ihren Erfahrungen logistische Probleme zu lösen und die Spitzenkapazität der Flughäfen zu erweitern. Weltweit wurden bisher mehr als 20 solcher Einsätze durchgeführt.

Kommunikation. Zwei Podiumsdiskussionen sowie Referate waren dem Thema der Kommunikation in der Krise gewidmet, wobei auch zur Sprache kam, welche Risiken der Bevölkerung als akzeptabel vermittelt werden können. Ein „Risikodialog“ soll Risiken bewusst machen; zeigen, was jeder Ein-

zelne machen kann, und soll zum Handeln bewegen. Die Rolle der neuen Medien, insbesondere des „Mitmach-Web“ 2.0, und der sozialen Medien wurde erörtert. Übereinstimmung herrschte darüber, dass Behörden und Hilfsorganisationen sich diesen Entwicklungen nicht verschließen dürfen.

Statt über Journalisten, die als Mittler von Nachrichten dienen, werden die Adressaten von Informationen direkt erreicht, das müsse man als Chance sehen. Über direkte Berichte von Betroffenen, Videos auf „Youtube“, könnten zusätzliche Lageinformationen erhalten werden, und die in den neuen Medien letztlich abgegebenen Kommentare wären eine Hilfe bei der Be-



Gerold Reichenbach: „Die Aufnahme-fähigkeit des Landes nimmt ab; für Evakuierungen aus Ballungsgebieten fehlt der Raum.“



Susanne Meier: „DHL hat für Hilfslieferungen in Katastrophengebiete eigene Disaster Response Teams aufgestellt.“

urteilung der Effektivität der gesetzten Maßnahmen und würden Schwachstellen aufzeigen. Ein „Shitstorm“ mit unsachlichen Beiträgen müsse in Kauf genommen werden. Unter www.twitcident.org wurde ein Sammelbecken für Twitter-Einträge zu Katastrophenfällen eingerichtet. Fragen der zivil-militärischen Zusammenarbeit haben sich insbesondere im Zusammenhang mit der Neustrukturierung der Bundeswehr ergeben.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie Organisationen wie das *Technische Hilfswerk*, das *Rote Kreuz*, der *Deutsche Wetterdienst* und der *Verband der Feuerwehren* waren beim Kongress in den Foyers zur Stadthalle mit Informationsständen vertreten. Im Freigelände waren Einsatzfahrzeuge mit ihrer Ausrüstung aufgestellt. In zehn Fachforen wurden in Podiumsdiskussionen spezielle Themen behandelt.

Die Forschung hat sich ebenfalls des Themas Bevölkerungsschutz angenommen: Die Universität Bonn hat in Kooperation mit dem BBK den Masterstudiengang „Katastrophenvorsorge und -management“ entwickelt (www.kavoma.de).

An der Fachhochschule Köln bietet das *Institut für Rettungsingenieurwesen und Gefahrenabwehr IRG* (www.fh-koeln.de/irg) einen siebensemestrigen Bachelor-Lehrgang für Rettungsingenieurwesen an sowie einen weiterführenden Masterstudiengang (drei Semester). Am Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik und Electronic Government der Universität Potsdam wird ein Projekt zum Schutz von Wasserversorgungsanlagen entwickelt. *Kurt Hickisch*